



Presseschau vom 09.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Maria Müller: Prozess gegen Argentiniens Vizepräsidentin: Ein Komplott des Ex-Präsidenten Mauricio Macri, Teil 2

Es gab in Lateinamerika mehrere Fälle, in denen mit Hilfe von konstruierten Strafverfahren missliebige Politiker kaltgestellt wurden; so geschehen in Peru oder auch in Brasilien. Liegt beim Prozess gegen Christina Fernández de Kirchner die Sachlage ähnlich? ...

<https://kurz.rt.com/36i9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Inflation und Rezession – Warum kam es zu einer Rekordzinserhöhung durch die EZB?

In seiner gestrigen Sitzung hat der Zentralbankrat der EZB alle Zinssätze um 0,75 Prozent erhöht. Dies soll der Inflationsbekämpfung dienen; ist allerdings in einer beginnenden Rezession ein problematischer Schritt. Und dann sind da die Rettungspakete der Staaten der Eurozone ...

<https://kurz.rt.com/36ih> bzw. [hier](#)

Geworg Mirsajan: Wie werden die BRICS Russland helfen, den Westen zu besiegen?

Im Westen ist man empört, dass eine Reihe wichtiger Länder Moskau dabei hilft, die Sanktionen zu umgehen. Die Rede ist zunächst von den BRICS-Ländern, wobei Indien zum Beispiel tatsächlich entsprechende Erklärungen abgab. Die Unterstützung ist vorhanden – aber welcher Art? Und warum sind einige andere Länder für Russland noch wichtiger? ...

<https://kurz.rt.com/36lv> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:37 de.rt.com: Albanien kappt diplomatische Beziehungen zu Iran

Bereits seit Jahren gilt Albanien als Rückzugsort einer iranischen Oppositionsbewegung, was die diplomatischen Beziehungen beider Länder schwer belastete. Nun scheint der vorläufige Tiefpunkt des Verhältnisses erreicht zu sein. Tirana kappt seine diplomatischen Beziehungen zu Iran.

Wegen eines mutmaßlichen Cyberangriffs auf die digitale Infrastruktur des Landes hat Albanien entschieden, die diplomatischen Beziehungen zu Iran abzubrechen. Das gesamte diplomatische Personal Teherans wurde aufgefordert, innerhalb von 24 Stunden auszureisen. Dies verkündete der albanische Premierminister Edi Rama am Mittwoch in einer Videobotschaft. Darin betonte Rama, dass "diese extreme Reaktion in vollem Verhältnis zur Schwere und zum Risiko des Cyberangriffs steht", der vor kurzem die staatlichen Einrichtungen getroffen und Chaos und Unsicherheit in dem Balkanland ausgelöst habe. Der Premierminister fügte hinzu, dass der Angriff Mitte Juli "seinen Zweck verfehlt" habe, da der Schaden minimal gewesen sei. Den Strafverfolgungsbehörden in Tirana sei es jedoch gelungen, "ohne den Schatten eines Zweifels" den Täter hinter dem Hacking-Versuch zu ermitteln. Rama erklärte:

"Die gründliche Untersuchung hat uns unwiderlegbare Beweise dafür geliefert, dass der Cyberangriff auf unser Land von der Islamischen Republik Iran orchestriert und finanziert wurde."

Der albanische Premier fügte hinzu, dass es sich um eine konzertierte Aktion von vier Gruppen gehandelt habe, von denen eine offenbar bereits ähnliche Angriffe auf Israel, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien, Kuwait und Zypern durchgeführt hat.

Auch die Vereinigten Staaten meldeten sich zu Wort: Die Sprecherin des Nationalen Sicherheitsrats der USA, Adrienne Watson, erklärte, Washington verurteile den iranischen Cyberangriff aufs Schärfste und unterstütze Tirana in seinen Bemühungen, Teheran zur Rechenschaft zu ziehen. Sie wies darauf hin, dass US-Cyberexperten an der Untersuchung des Hackerangriffs beteiligt gewesen und zu dem Schluss gekommen seien, dass Iran "diesen rücksichtslosen und unverantwortlichen Cyberangriff durchgeführt hat".

Die Beziehungen zwischen Albanien und Iran sind schon seit einiger Zeit angespannt. Im Jahr 2018 beschuldigte Tirana Teheran unter Berufung auf US-Beamte, "terroristische Anschläge" in dem Balkanland zu planen und wies zwei iranische Diplomaten aus, darunter den Botschafter. Damals verurteilte Iran die Entscheidung mit der Begründung, sie beruhe auf "gefälschten Informationen" und sei auf Druck Washingtons getroffen worden.

Seit Jahren bietet Albanien einer militanten iranischen Oppositionsbewegung, der Modschahedin-e-Chalgh-Organisation (MEK), eine Heimat. Rund 2.500 Volksmudschahedin, wie sie auch genannt werden, sollen laut übereinstimmenden Medienberichten in einem Camp in der Nähe der Hauptstadt Tirana leben. Bis zum Jahr 2012 war die Gruppe auf der Terrorliste der USA gelistet. Die Organisation der iranischen Dissidenten beschuldigt Teheran, seit der islamischen Revolution von 1979 mehr als 12.000 iranische Zivilisten und Vertreter der Behörden getötet zu haben. Laut eigenen Verkündungen streben sie einen "Regime-Change" an. Für den Umsturz setzen sie seit Jahren vermehrt auf Unterstützung aus dem Westen und betreiben intensive Lobbyarbeit.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6319fdf548fbef2b8d4378be.jpg>

Der albanische Premierminister Edi Rama bei einer Pressekonferenz am 1. März 2021 in Brüssel

20:08 de.rt.com: **Russland verlegt Reserven ins Gebiet Charkow**

Reserveverbände der russischen Streitkräfte werden ins Gebiet Charkow verlegt. Dies meldete der Pressedienst der regionalen Verwaltung auf seinem Telegram-Kanal:

"Ins Gebiet Charkow werden immer mehr Reserveverbände der Streitkräfte verlegt. Entlang der ganzen Frontlinie setzen sich Kämpfe fort."

Unter Berufung auf den Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats des Gebiets, Andrei Aleksejenko, gab die Behörde außerdem bekannt, dass sich die Städte Balakleja und Schewtschenko nach wie vor unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte und der militärisch-zivilen Verwaltungen befinden.

Die Verwaltung betonte, dass Bewohner der Region weiterhin humanitäre Hilfe erhalten, empfahl aber Familien mit Kindern, gefährliche Bezirke vorübergehend zu verlassen. Zuvor hatte das Oberhaupt der Verwaltung des Gebiets Charkow, Witalij Gantschew, vom

ukrainischen Raketenbeschuss der Stadt Kupjansk und des zugehörigen Bezirks berichtet.

dan-news.info/днронлайн.рф: Am Denkmalkomplex Saur-Mogila im Osten der DVR fanden Gedenkveranstaltungen zum Tag der Befreiung des Donbass von den faschistischen deutschen Truppen statt.

An den Feierlichkeiten nahmen das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik, der stellvertretende Leiter der Administration des Präsidenten der RF Sergej Kirienko, Abgeordnete der Staatsduma Russlands, Mitglieder der Regierung der Republik, Architekten und andere Spezialisten, die am Wiederaufbau des Komplexes beteiligt waren, teil.

Sie gingen über die Allee des Ruhmes hinaus zum oberen Bereich des Komplexes, wo die zentrale Figur des Siegesoldaten und eine 36 Meter hohe Säule sind, um das ewige Feuer zu entzünden und den sowjetischen und DVR-Soldaten zu gedenken, die den Donbass gegen Faschisten und Neofaschisten verteidigten.



https://denis-pushilin.ru/wp-content/uploads/2022/09/Saur_Mogila_08.09.22-20.jpg

20:28 de.rt.com: Weißrussland beginnt mit landesweiten Manövern – auch an der Grenze zu Polen

Nicht nur im Fernen Osten Russlands finden Militärmanöver statt – auch Minsk führt militärische Übungen im eigenen Land durch. Übrigens nicht zum ersten Mal in diesem Jahr und sicher nicht nur zu Trainingszwecken. Die Botschaft an Warschau und Kiew dürfte klar sein.

Inmitten erhöhter Spannungen mit dem Westen hat Weißrussland Militärübungen begonnen, bei denen Truppen für die Abwehr potenzieller Angreifer trainiert werden sollen, wie das Verteidigungsministerium in Minsk am Donnerstag mitteilte.

"Die Übung wird es ermöglichen, (spezielle) Kampfeinsätze zu üben, um vorübergehend vom Gegner besetztes Gebiet zu befreien",

hieß es in der Erklärung aus der weißrussischen Hauptstadt.

Im Zuge der Übung sollen die Soldaten zudem die "Wiederherstellung der Kontrolle über die Staatsgrenze", eine enge Luftunterstützung, die Durchsetzung des Kriegsrechts sowie ihre Fähigkeiten, gegen gegnerische Kommandos oder illegale bewaffnete Gruppen zu kämpfen, trainieren.

Das Manöver wird voraussichtlich bis zum 14. September dauern und in der Region Brest an der Grenze zu Polen und der Ukraine sowie in den Regionen Witebsk und Minsk stattfinden. Weißrussland hat auch internationale Beobachter zur Teilnahme eingeladen, um "maximale Transparenz" und den "Wunsch, die regionale Stabilität zu verbessern" zu demonstrieren.

Weißrussland begann mit der Planung der Manöver, nachdem Präsident Alexander Lukaschenko im Juli unter Berufung auf die verstärkten Aktivitäten des Militärbündnisses erklärt hatte, die NATO bereite sich auf einen Krieg in Osteuropa vor. Damals sagte er: "Es scheint, dass die neu ernannten 'Kreuzritter' des Nordatlantischen Bündnisses plötzlich beschlossen haben, dass die Zeit reif ist für einen weiteren 'Drang nach Osten' [im Original auf Deutsch; Anm. d. Red.]."

Lukaschenko bezog sich dabei auf eine deutsche Idee zur Eroberung von Ländern im Osten. Im August, inmitten des anhaltenden Konflikts zwischen Russland und der Ukraine, bezeichnete Lukaschenko Kiew als Bedrohung für die nationale Sicherheit Weißrusslands und beschuldigte die ukrainische Führung, regionale Spannungen zu schüren und eine Politik zu verfolgen, die sich "gegen das eigene Volk richtet".

Die Übungen finden im Anschluss an die von Russland veranstalteten internationalen Militärübungen Wostok 2022 statt, an denen auch weißrussische Truppen teilnahmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631a09d448fbef3115292e9e.jpg>
Weißrussische Artillerie auf einem Truppenübungsplatz bei Borissow, Gebiet Minsk, 27. Mai 2022

20:31 de.rt.com: **Mindestens drei Tote durch ukrainischen Beschuss von Nowaja Kachowka**

Mindestens drei Zivilisten sind ums Leben gekommen, als eine ukrainische Rakete in ein Wohnhaus im Zentrum der Stadt Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson einschlug. Das Oberhaupt der Verwaltung des Bezirks Nowaja Kachowka, Wladimir Leontjew, erklärte diesbezüglich der Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Ein Einschlag direkt im Zentrum der Stadt, in ein ziviles Haus, mindestens drei Zivilisten sind gestorben."

Leontjew fügte hinzu, dass mindestens sechs weitere Personen schwere Verwundungen erlitten hätten. Die Opferzahl könnte weitersteigen, da sich noch mehr Menschen unter den Trümmern befinden könnten. Das vierstöckige Haus sei von einer ukrainischen Rakete vom Typ Totschka-U getroffen und dabei vollständig zerstört worden. Die Nachrichtenagentur veröffentlichte [Aufnahmen](#) des zerstörten Wohngebäudes.

Ein weiteres Geschoss habe eine Garagenanlage getroffen und dort etwa zehn Boxen in Brand gesetzt, wobei aber niemand verletzt worden sei, so Leontjew weiter.

Die von Russland kontrollierte Stadt Nowaja Kachowka wird beinahe täglich vom ukrainischen Militär unter Beschuss genommen. Nach Leontjews Angaben werden im Durchschnitt etwa einhundert Raketen auf das Stadtgebiet und den umgebenden Bezirk abgefeuert.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/sJIYTg4xcqSRHnaSweANCKjUjHlUwY7R6HGepIJ8ag25tarMoHjq-5cBO4Z1I4VyN76Q2yD87UA6NnoQudtFEpDbuISQSZtSET5ldgHMUpEG_aTSER1ZySCMVyU8GuXQ-eSKvqNaPtqIB-Q6PuF9DhwDWmnQksF5yPvjLUALU9hXFpQzzFF7Rmxc3YEk1Cvc3t1cbs02HEA0s9WP7JWeT1wT7yvek7rxTkXfppcawsZlc1OXUepzafcO3jRfqTu4I76Dq8PxxHcQZiiZOt_aw6tB-9oirRJacG_Ypu9Tf6jjP6IBQs6CMW-0PjWve4LVoa7lQyWojciEPYM616iwQ.jpg

20:54 de.rt.com: **Indien wird trotz Druck des Westens weiterhin russisches Erdöl kaufen**

Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen zwischen Russland und dem Westen haben der indische Premierminister Narendra Modi und Erdöl- und Gasminister Hardeep Singh Puri den Wunsch geäußert, die Zusammenarbeit mit Russland im Energiebereich fortzusetzen.

Trotz der verschärften westlichen Sanktionen gegen Russland hat der indische Premierminister Narendra Modi am Mittwoch auf dem internationalen Östlichen Wirtschaftsforum in Wladiwostok erklärt, dass Russland ein wichtiger Partner für die Industrie Indiens sei, unter anderem im Energiebereich. Dazu sagte Modi:

"Indien ist daran interessiert, die Zusammenarbeit mit Russland in vielen Bereichen zu stärken, insbesondere im Zusammenhang mit der Arktis. Außerdem gibt es im Energiebereich große Chancen für die Zusammenarbeit."

Zuvor hatte sich der Erdöl- und Gasminister Indiens [Hardeep Singh Puri](#) zu diesem Thema geäußert. In einem Interview mit dem US-amerikanischen Sender CNBC am Montag erklärte er, dass sein Land trotz des wachsenden Drucks aus dem Westen weiterhin russisches Erdöl kaufen werde. Für den Minister sei das eine Frage der Energiesicherheit, da Indien rund fünf Millionen Barrel Erdöl pro Tag verbraucht. Außerdem sieht Puri keinerlei moralischen Konflikt, russisches Erdöl zu kaufen. Wörtlich sagte er:

"Es gibt keinen Konflikt. Ich habe eine moralische Pflicht gegenüber meinen Verbrauchern. Will ich als Vertreter einer demokratisch gewählten Regierung, dass die Tankstellen leer werden?"

Der indische Minister fügte hinzu, dass die EU kein Recht habe, Indien wegen des Imports von russischem Erdöl zu verurteilen, da sie selbst viel mehr importiere. Weiter sagte Puri:

"Die Europäer kauften an einem Nachmittag mehr ein als ich in einem Vierteljahr. Es würde mich wundern, wenn das nicht noch immer so ist. Aber doch, wir werden weiter von Russland kaufen."

Zudem lehnt Indien den Vorschlag der G7-Staaten ab, einen Preisdeckel für Energieträger aus Russland einzuführen. In diesem Zusammenhang sagte Puri, dass Indien diesen Vorschlag "sehr sorgfältig überdenken" werde. Puri fügte hinzu, es sei noch unklar, welche Länder sich an diesem vorgeschlagenen Preisdeckel für russisches Erdöl beteiligen würden und wie eine solche Maßnahme die Energiemärkte beeinflussen werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631a02fcb480cc543833836b.jpg>
Der russische Präsident Wladimir Putin und der indische Premierminister Narendra Modi im Dezember 2021 in Neu-Delhi, Indien

21:00 de.rt.com: **Türkische Exporte nach Russland erreichen Rekordsummen**

Während der Westen weiterhin mit seinem gegen Russland gerichteten Wirtschaftskrieg die eigenen Unternehmen am Handel mit Russland einschränkt, nutzen andere diese Lücke aus, um ihre Geschäfte mit Moskau auszuweiten.

Trotz der erschwerten geopolitischen Umstände kann die Türkei neue Rekorde beim Export erzielen, wie die amtliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu berichtet. Zwar kam es zu Kriegsbeginn zu einigen Verzögerungen bei Bestellungen, jedoch konnten türkische Unternehmer diese schnell überwinden. So hat die Türkei im August einen monatlichen Exportrekord nach Russland aufgestellt.

Laut Daten des Verbandes türkischer Exporteure stiegen die türkischen Exporte im August um 13,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und erreichten 21,34 Milliarden Dollar. Die Ausfuhren der Türkei nach Russland erreichten im August mit rund 738,5 Millionen Dollar den höchsten Monatswert aller Zeiten. Die Auslandsverkäufe der Türkei nach Russland stiegen in diesem Zeitraum um 87,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Anteil Russlands an den Auslandsverkäufen der Türkei betrug 3,5 Prozent.

Russland kommt somit im August an die sechste Stelle der größten Exportpartner der Türkei, nach Deutschland mit 1,504 Milliarden Dollar, die USA mit 1,308 Milliarden Dollar, das Vereinigte Königreich mit 1,04 Milliarden Dollar, der Irak mit 935 Millionen Dollar und Italien mit 819 Millionen Dollar.

Die Türkei verzeichnete im August den höchsten wertmäßigen Anstieg der Ausfuhren nach Russland. Im August stiegen die türkischen Ausfuhren nach Russland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 344 Millionen Dollar.

Die meisten Ausfuhren der Türkei nach Russland entfielen im August auf den Chemiesektor mit 167 Millionen Dollar. Es folgten Maschinen und Komponenten mit 71,3 Millionen Dollar, die Automobilindustrie mit 62 Millionen Dollar, frisches Obst und Gemüse mit 62 Millionen Dollar sowie Textilien und Rohstoffe mit 49 Millionen Dollar.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631a06f2b480cc53783c0bb4.jpg>

21:10 de.rt.com: **Maria Sacharowa spricht von Hysterie des Westens wegen Russlands Erfolgen bei Spezialoperation**

Maria Sacharowa, die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, hat erklärt, dass Russlands Militäreinsatz in der Ukraine erfolgreich verlaufe. Die Reaktion des Westens auf Moskaus Erfolge bezeichnete sie als hysterisch. Während eines Pressegesprächs erklärte sie: "Die spezielle Militäroperation wird fortgesetzt. Ihr planmäßiger und sicherer Verlauf führt zu einer immer größeren Nervosität, teilweise auch zur Hysterie bei den westlichen Kuratoren des Kiewer Regimes."

Dies äußere sich in eindringlichen Forderungen des Westens an Selenskij beziehungsweise an die ukrainischen Streitkräfte, einen erfolgreichen Einsatz der gelieferten Waffen vorzuweisen, so Sacharowa weiter. Andernfalls würden Kürzungen der militärischen Hilfe an Kiew drohen. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums bezeichnete dies als eine "schreckliche Geschichte" und als Beleg, dass der Westen sich nicht um die Leben der Ukrainer kümmere: "Eigentlich ist es eine schreckliche Geschichte, weil sie so zynisch ist. Zynisch ist sie, weil das Leben eines Menschen, eines ukrainischen Bürgers im Westen als komplett wertlos betrachtet wird. Für den Westen existieren diese Menschen nicht. Niemand schätzt ihr Leben, niemand denkt an ihre Zukunft. Nein, sie sind einfach Verbrauchsmaterial, Kanonenfutter des 21. Jahrhunderts."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631ab3ff48fbef2b411d5fe8.jpg>

21:18 de.rt.com: **In drei bis zehn Jahren: Polen sieht ernsthafte Gefahr eines Krieges mit Russland**

Polen könnte in drei bis zehn Jahren in einen Krieg mit Moskau verwickelt sein, warnte der stellvertretende Verteidigungsminister des Landes. In einem Interview forderte Marcin Ociepa

deshalb, die polnische Armee so stark wie möglich weiter aufzurüsten.

Polen könnte innerhalb von drei bis zehn Jahren in einen militärischen Konflikt mit Russland geraten. Das sagte der stellvertretende Verteidigungsminister Marcin Ociepa in einem am Mittwoch veröffentlichten [Interview](#) mit der polnischen Zeitung *Dziennik Gazeta Prawna*. Deshalb müsse das Land "diese Zeit nutzen, um die polnische Armee so stark wie möglich aufzurüsten", so der Minister weiter.

"Es besteht ein ernsthaftes Risiko eines Krieges mit Russland", sagte Ociepa und fügte hinzu, dass der Zeitpunkt dieses möglichen Krieges davon abhängen würde, "wie der Konflikt in der Ukraine endet." Dem polnischen Minister zufolge käme es letztlich darauf an, "wie viele Jahre Russland braucht, um sein militärisches Potenzial wieder aufzubauen." Er nannte indes keine weiteren Faktoren, die das Risiko eines Konflikts erhöhen oder verringern könnten.

Ociepa brachte dieses Thema zur Sprache, als er die "geopolitische Realität" beschrieb, die Polen angeblich dazu zwingt, sein Verteidigungspotenzial rasch zu erhöhen.

Zugleich verteidigte Ociepa die im Entwurf des Staatshaushalts für das kommende Jahr vorgesehenen Mittel für das polnische Militär, welche die Zeitung als "Rekordausgaben" für die Armee bezeichnete. Der Militärhaushalt wurde durch einige "nicht definierte" zusätzliche Ausgaben aufgestockt.

Wie die polnische Nachrichtenagentur PAP zuvor berichtete, sehe der Entwurf des polnischen Staatshaushalts für 2023 rekordverdächtige Aufwendungen für die Streitkräfte des Landes vor, die sich demnach auf 97 Milliarden Złoty (rund 20,52 Milliarden US-Dollar) belaufen.

Einige zusätzliche Mittel für die Modernisierung der Armee würden, so die Nachrichtenagentur weiter, durch den außeretatmäßigen Fonds zur Unterstützung der Streitkräfte aufgebracht. Dieser wird von der polnischen Staatsbank BGK verwaltet.

Nach Angaben der polnischen Regierung nimmt der im vergangenen Frühjahr eingerichtete Fonds "Spenden" von allen an, die bereit sind, einen "Beitrag" zur Verteidigung Polens zu leisten. Nach Angaben von Ociepa könnte sich der Fonds auf etwa 30–40 Milliarden Złoty (zwischen 6 und 8 Milliarden US-Dollar) belaufen. Die genaue Summe bleibe aber "unbestimmt", da sie von den "Finanzmärkten" abhängen würde, fügte er hinzu.

Warschau weist schon seit geraumer Zeit auf die angebliche Bedrohung durch Moskau hin. Seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine Ende Februar hat Polen, gemeinsam mit den baltischen Staaten, die USA und die NATO unter Verweis auf diese angebliche Bedrohung um zusätzliche militärische Unterstützung gebeten.

Moskau beharrt derweil darauf, dass die Ausdehnung der transatlantischen Militärallianz in Richtung der russischen Grenzen einer der Gründe für die Offensive in der Ukraine sei.

Am Mittwoch verteidigte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die militärische Unterstützung der Allianz für Kiew mit dem Argument, dass Russland im Falle eines Erfolgs in der Ukraine "einen Angriff auf NATO-Verbündete" riskieren könnte. Polen gehört seit Beginn des Konflikts zu den entschiedensten Unterstützern Kiews und hat auch in den Beziehungen zu Moskau eine harte Haltung eingenommen. Warschau hat unter anderem die Ausstellung von Visa für russische Staatsbürger gestoppt und war eines der EU-Mitglieder, die sich für ein in der gesamten Staatengemeinschaft geltendes Visaverbot für Russen eingesetzt hatte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63198ebc48fbef10ed6b7ced.jpg>

In den USA hergestellte M1A2-Abrams-Panzer während der multinationalen Übung der US-Armee für Europa und Afrika "Defender Europe 22", Polen, 26. Mai 2022

21:39 de.rt.com: **LVR: Ukrainischer Saboteur zu siebenjähriger Haft verurteilt**

Das Oberste Gericht der Lugansker Volksrepublik hat den ukrainischen Militärangehörigen Ruslan Majstruk zu einer siebenjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, die Sprengung einer Brücke geplant zu haben. Wie RIA Nowosti unter Berufung auf die Rechtspflegebehörden Russlands und der LVR mitteilte, hatte Majstruk im Februar versucht, die Autobrücke über den Fluss Derkul in der Siedlung Gorodischtsche mit etwa 500 Kilogramm Sprengstoff zu verminen. Eine ferngesteuerte Sprengung sei geplant gewesen, allerdings geriet Majstruk zuvor in Gefangenschaft. Ein Vertreter des Obersten Gerichts gab bekannt:

"Als Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung hat das Richterkollegium ein Urteil im Strafverfahren gefällt. Danach wurde R. A. Majstruk wegen der Vorbereitung einer Sprengung zur Zerstörung eines Objekts der Transport-Infrastruktur zum Zwecke der Untergrabung der wirtschaftlichen Sicherheit und der Verteidigungsfähigkeit der Lugansker Volksrepublik für schuldig befunden. Er wurde zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren verurteilt."

22:13 de.rt.com: **Krim verlängert hohe Terrorwarnstufe**

Das Oberhaupt der Republik Krim, Sergei Aksjonow, hat bekannt gegeben, dass die hohe "gelbe" Terrorwarnstufe im Norden der Region und für Objekte der Infrastruktur bis zum 23. September verlängert werde. Er schrieb in Telegram:

"Zum Zwecke der Gewährleistung der Sicherheit und des Schutzes der Republik Krim und ihrer Bürger gegen Terrorismus wird in einer Reihe von Munizipalitäten und Objekten der Republik vom 8. September bis zum 23. September die hohe 'gelbe' Terrorwarnstufe gelten." Laut Aksjonow soll die Maßnahme unter anderem die Stadtbezirke von Armjansk, Dschankoj, Krasnoperekopsk sowie Objekte der republikanischen Ministerien betreffen. Parallel dazu hob Aksjonow hervor, dass die Lage insgesamt ruhig sei und sich unter Kontrolle befinde.

22:35 de.rt.com: **Wie bestellt, so geliefert: Institut für Weltwirtschaft prognostiziert Rezession für 2023**

Zwei renommierte deutsche Forschungsinstitute gehen für kommendes Jahr von einer Schrumpfung der deutschen Wirtschaft sowie von einer möglicherweise noch höheren Inflation aus. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will neue "Rettungsschirme" für die Bürger aufspannen.

Die deutsche Wirtschaft wird im kommenden Jahr deutlich einbrechen - das prognostizieren zwei bekannte Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren am Donnerstag publizierten Konjunkturprognosen, wie das [Handelsblatt](#) berichtet.

Deutsche Wirtschaft im Abschwung

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) geht von einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 1,4 Prozent aus, das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) rechnet mit einem Minus von 0,7 Prozent. Das IfW meint:

"Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Abwärtsog."

Die ökonomischen Konsequenzen des Ukrainekriegs in Form der anti-russischen Sanktionen würden derzeit noch am Anfang stehen und erst 2023 ihre volle Tragweite entfalten. IfW-Konjunkturchef Stefan Kooths betont:

"Mit den hohen Importpreisen für Energie rollt eine konjunkturelle Lawine auf [Deutschland](#) zu"

Der vorausgesagte Wirtschaftseinbruch hätte zur Folge, dass die Wertschöpfung in Deutschland nach Einschätzung der Institute zwischen 130 und 150 Milliarden Euro niedriger ausfallen wird als bislang angenommen. Wenn die deutsche Wirtschaft schrumpft, hat das einen deutlichen Wohlstandsverlust zur Folge. Kooths mahnt:

"Deutschland wird dadurch insgesamt ärmer. Mit seinen Entlastungspaketen kann der Staat die Lasten daher nur umverteilen, aus der Welt schaffen kann er sie nicht."

Habeck gibt Putin die Schuld

Bundeswirtschaftsminister [Robert Habeck](#) (Grüne) betonte im Bundestag, dass Deutschland in einer noch schwierigeren Lage sei, als bei der Energiekrise 1973 - und machte den russischen Präsidenten Wladimir Putin dafür mitverantwortlich. Dessen Angriff auf die Ukraine sei auch einer auf das deutsche Wirtschaftssystem. Er plant nun eine weitere Umverteilung von Steuergeldern:

"Wir werden einen zweiten Rettungsschirm aufspannen, und wir werden ihn breit aufspannen." Davon sollen dann auch kleine und mittlere Unternehmen profitieren.

10 Prozent? Inflation im kommenden Jahr noch höher

Für 2022 soll die offizielle Inflationsrate zwischen 7,3 und 8,0 Prozent liegen. Für 2023 rechnen die Kieler mit einer erneuten Steigerung auf 8,7 Prozent. Das IWH geht von 9,5 Prozent Inflation aus. IWH-Konjunkturchef Oliver Holtemöller begründet das so:

"Die gestiegenen Rohstoffpreise für Gas und Strom kommen erst nach und nach bei den Verbraucherpreisen an."

Das Essener RWI hingegen sieht den großen Teuerungsschub schon überstanden und erwartet nur eine Inflationsrate von 3,5 Prozent im kommenden Jahr. Mit dem Ende der Heizperiode werde die Nachfrage zurückgehen und für eine gewisse Entlastung gesorgt, erklären die Prognostiker. Zudem dämpfe voraussichtlich die sich abschwächende Konjunktur den Preisauftrieb.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631a06c8b480cc543833836f.jpg>

22:48: de.rt.com: **Kadyrow: Alliierte Streitkräfte setzen sich in Soledar fest**

Das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, hat berichtet, dass sich die verbündeten Streitkräfte Russlands und der Donbass-Republiken in Soledar festsetzen und die Stadt in Kürze unter ihre Kontrolle bringen würden. Er schrieb auf Telegram:

"Die Spezialtruppe 'Achmat' bereitet sich zusammen mit den verbündeten Streitkräften vor, die vollständige Kontrolle über die Stadt Soledar der Donezker Volksrepublik zu übernehmen. Nach der planmäßigen Vernichtung von zahlreichem Nazi-Kriegsgerät und -Personal beziehen die Kämpfer Stellungen in der Stadt."

Die Kampfmoral der ukrainischen Truppen sei laut Kadyrow sehr niedrig.

Zuvor hatte der Pressesprecher der Volksmiliz der LVR von einem intensiven Artillerieduell am Frontabschnitt zwischen Sewersk und Soledar berichtet. Die Konzentrierungsräume von ukrainischem Militärpersonal und Kriegsgerät sowie Bunker werden dabei vernichtet, erklärte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631ab2ee48fbef2b8d43794b.jpg>

vormittags:

6:00 de.rt.com: **Deutsche Automobilindustrie schrumpft weiter: Opel will 1.000 Stellen streichen**

Nachdem in dieser Woche bereits der Toilettenpapierhersteller Hakle und der Schuhhersteller Goertz Insolvenz angemeldet hatten, trifft die aktuelle Wirtschaftskrise auch die Automobilindustrie: Der Autobauer Opel will 1.000 Stellen an seinen deutschen Standorten abbauen.

Der Autobauer Opel will seine Belegschaft an den drei deutschen Standorten Rüsselsheim, Eisenach und Kaiserslautern weiter reduzieren. In Absprache mit dem Betriebsrat soll für weitere 1.000 Beschäftigte das Freiwilligenprogramm geöffnet werden, kündigte die Stellantis-Tochter am Donnerstag auf einer internen Versammlung an. Infrage kommen Altersteilzeit, Vorruhestand und Abfindungen. Die übrige Belegschaft erhält einen Kündigungsschutz bis Mitte 2027, wie ein Unternehmenssprecher bestätigte. Zuvor hatte das [Handelsblatt](#) darüber berichtet.

Der Schritt geht auf eine Eckpunktevereinbarung mit dem Betriebsrat aus dem Jahr 2019 zurück. Danach ist im kommenden Jahr eine weitere Abfindungswelle mit bis zu 1.000 Beschäftigten möglich, wenn der Kündigungsschutz für die verbleibende Belegschaft bis 2029 verlängert würde. Ende 2021 arbeiteten noch rund 14.000 Menschen für den Mutterkonzern Stellantis in Deutschland.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631a3d00b480cc3e2f6312a0.jpg>
29. Oktober 2021, GER, IG Metall Aktionstag in Eisenach: Demonstrationzug bei Opel nach der Betriebsversammlung

6:45 de.rt.com: **Großspenden von Washington und Co: Ukraine erhält weitere militärische Unterstützung**

Verteidigungsminister und ranghohe Militärs aus mehr als 50 Ländern berieten am Donnerstag in Ramstein erneut über weitere Hilfe für die Ukraine. In Rheinland-Pfalz wie auch in Kiew erhielt die Ukraine Zusagen über massive Militärhilfe aus den USA. Verteidigungsminister und ranghohe Militärs aus mehr als 50 Ländern berieten am Donnerstag auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz über die weitere Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland.

Zu der Konferenz auf der größten US-Airbase außerhalb der Vereinigten Staaten hat US-Verteidigungsminister Lloyd Austin die Mitglieder der sogenannten Ukraine-Kontaktgruppe eingeladen. Zu dieser gehören neben den USA etwa auch Deutschland und Großbritannien. Wie beim ersten Treffen dieser Art in Ramstein Ende April wurden dem Vernehmen nach auch Nicht-NATO-Staaten eingeladen.

Kurz vor der Konferenz hatte der ukrainische Ministerpräsident Denis Schmigal bei einem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in Berlin nach eigenen Angaben konkrete Vorschläge zur Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern an Kiew gemacht. Deutschland hat der Ukraine bereits die Panzerhaubitze 2000 sowie den Mehrfachraketenwerfer MARS-II und andere Waffen geliefert.

Die NATO hatte unlängst angekündigt, ukrainische Truppen mit Winterausrüstung auszustatten. Unter anderem sollen warme Kleidung, Winterstiefel und Zelte geliefert werden. Die Pläne waren auf Bitten des ukrainischen Verteidigungsministers Alexei Resnikow erarbeitet worden.

Seitens ihrer nordamerikanischen Freunde kann die Ukraine zudem auf stolze Summen hoffen. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin sagte am Donnerstag, Präsident Joe Biden habe zusätzliche Militärhilfe für die Ukraine im Wert von bis zu 675 Millionen Dollar (etwa 676 Mio. Euro) genehmigt. Das Paket umfasse Haubitzen, Artilleriemunition, Humvees, gepanzerte Krankenwagen, Panzerabwehrsysteme und mehr. Austin sprach von einem "weiteren Schlüsselmoment" für die ukrainischen Streitkräfte

"Das Gesicht des Krieges ändert sich, und damit auch die Aufgabe dieser Kontaktgruppe", so Austin auf der Sitzung der Kontaktgruppe für Verteidigungsfragen in der Ukraine, an der auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und der ukrainische Verteidigungsminister sowie Vertreter verbündeter Länder teilnahmen.

Insbesondere betonte Austin, der selbst aus der sicherlich jubelnden US-Rüstungsindustrie kommt, die Langfristigkeit bei der Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine: "Wir werden zusammenarbeiten, um die ukrainischen Streitkräfte langfristig auszubilden. Wir werden zusammenarbeiten, um die Fähigkeiten der Ukraine zu integrieren und ihre

gemeinsamen Operationen langfristig zu stärken", sagte er. "Wir werden zusammenarbeiten, um unsere verteidigungsindustrielle Basis zu verbessern, damit sie den Anforderungen der Ukraine langfristig gerecht wird, und wir werden bei der Produktion und Innovation zusammenarbeiten, um den Selbstverteidigungsbedarf der Ukraine langfristig zu decken." Deutschland und die Niederlande wollen die Ukraine auch mit der Ausbildung von Soldaten bei der Minensuche, Minenräumung und beim Beseitigen von Sprengfallen unterstützen. Das teilten die Verteidigungsministerinnen Christine Lambrecht (SPD) und Kajsia Ollongren am Donnerstag auf dem US-Militärstützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein mit. "Wir werden aber nicht nur die Ausbildung, sondern auch Material zur Verfügung stellen", so Lambrecht. Deutschland unterstütze die Ukraine auch auf anderen Feldern, etwa bei der Anfrage eines sogenannten Winterpakets, und werde beispielsweise Material zur Stromerzeugung, Zelte und Winterausrüstung liefern. Die Bundesverteidigungsministerin unterstrich zudem: "Als bald werden die schon zugesagten Geparden ausgeliefert, die zweite Tranche dieser Unterstützung, und die Brückenlegepanzer Biber werden als bald ausgeliefert." Derweil stattete US-Außenminister Antony Blinken Kiew am Donnerstag einen, laut Presseberichten unangekündigten, Besuch ab, während Washington zusätzliche umfangreiche Summen in Höhe von mehr als 2,8 Milliarden Dollar für das Militär in der Ukraine und in anderen europäischen Länder ankündigte.

Bei einem Treffen mit hochrangigen ukrainischen Beamten, darunter Präsident Wladimir Selenskij, erklärte Blinken, die US-Regierung habe dem Kongress ihre Absicht mitgeteilt, der Ukraine und 18 ihrer Nachbarn, darunter NATO-Mitglieder und regionale Sicherheitspartner, die "potenziell durch eine künftige russische Aggression bedroht" seien, langfristige Militärhilfe in Höhe von 2,2 Milliarden Dollar zu gewähren.

Vorbehaltlich der erwarteten Zustimmung des Kongresses wird etwa eine Milliarde Dollar der 2,2 Milliarden Dollar an die Ukraine gehen; der Rest wird unter Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der Tschechischen Republik, Estland, Georgien, Griechenland, dem Kosovo, Lettland, Litauen, Moldawien, Montenegro, Nordmazedonien, Polen, Rumänien, der Slowakei und Slowenien aufgeteilt, so das Außenministerium. Dies solle diesen Ländern helfen, "aufkommende Bedrohungen ihrer Souveränität und territorialen Integrität abzuschrecken und abzuwehren", indem es ihre militärische Integration in die NATO stärke und "russischem Einfluss und Aggression" entgegenwirke, verkündete das Ministerium. Die ausländische Militärfinanzierung ermöglicht den Empfängern den Kauf von in den USA hergestellten Verteidigungsgütern, oft abhängig von ihren spezifischen Bedürfnissen.

"Präsident Biden hat deutlich gemacht, dass wir das ukrainische Volk so lange unterstützen werden, wie es nötig ist", erklärte Blinken am Donnerstag in der Ukraine. "Ich habe diese Botschaft heute in Kiew, das die Hauptstadt einer souveränen, unabhängigen Ukraine ist und bleiben wird, gegenüber Präsident Selenskij und seinem Team bekräftigt."

Der US-Präsident hatte erst Ende August Unterstützung für die Ukraine im Umfang von knapp drei Milliarden Dollar angekündigt. Damit könne Kiew Luftabwehrsysteme, Artilleriesysteme und Munition, Drohnen und Radare erwerben, "um sich langfristig verteidigen zu können".

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456257550&hash=30dff1373e70de66" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456257550

7:02 de.rt.com: **Russlands UN-Botschafter: Von einem "Durchbruch" Kiews kann nicht die Rede sein**

Berichte über einen vermeintlichen Durchbruch der ukrainischen Truppen bei ihrem

sogenannten Gegenangriff seien unwahr, erklärte der ständige Vertreter Russlands im UN-Sicherheitsrat Wassili Nebensja. Ihm zufolge seien die Gebiete Nikolajew, Charkow und Saporoschje mit Tausenden von Leichen ukrainischer Soldaten übersät, die in den sicheren Tod geschickt worden seien und denen von Sperrtruppen ein Rückzug verwehrt wurde.

Nebensja erklärte laut [RIA Nowosti](#):

"Um neue Waffen zu beschaffen, insbesondere am Vorabend des heutigen Treffens der NATO-Verteidigungsminister in Ramstein, hat das Selenskij-Regime versucht, zumindest den Anschein zu erwecken, dass die Ukraine vorrücken könnte."

Weiter stellte der Diplomat fest, dass ukrainische Propagandisten in den höchsten Rängen der Macht der Weltöffentlichkeit offen Pläne für eine Offensive zur Rückgewinnung verlorener Gebiete mitteilten, was den Grundsätzen jeglicher Militärstrategie widerspreche.

"Sogar die Führung der ukrainischen Armee war, soweit wir das beurteilen können, gegen diesen Wahnsinn, aber der ukrainische Staatschef war nach Gesprächen mit seinen US-amerikanischen und britischen Kollegen unnachgiebig."

Nebensja fügte hinzu, dass es dem ukrainischen Militär gelungen sei, nur einige wenige Dörfer in der Peripherie einzunehmen und dass "kein Durchbruch in Sicht" sei. Für Militärexperten sei dies durchaus verständlich. Der Botschafter stellte jedoch fest:

"Westliche Medien haben aber bereits verkündet, dass die Ukraine eine Gegenoffensive gestartet hat, die mit neuen westlichen Waffen unterstützt werden muss. Dies hat die notwendige Medienkulisse für das Treffen in Ramstein geschaffen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631abd0648fbef08243aac0c.jpg>

7:39 de.rt.com: **Krim-Behörden erklären sich bereit, Gebiet Cherson mit Gas zu beliefern**

Die Krim sei bereit, das Gebiet Cherson mit Gas zu versorgen, wenn eine entsprechende Anfrage eingeht und die föderalen Behörden diese unterstützen. Das teilte der Vorsitzende des Krim-Parlaments Wladimir Konstantinow mit. Er sagte gegenüber [RIA Nowosti](#):

"Wir bieten Unterstützung innerhalb unserer Kompetenzen an. Sollte sich herausstellen, dass eine solche Unterstützung erforderlich ist, werden wir sie selbstverständlich leisten. Die Krim hat Ressourcen. Wenn wir einen entsprechenden Appell der Einwohner von Cherson erhalten und die föderalen Behörden eine Entscheidung treffen, werden wir diese Frage prüfen."



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/01/19/1769429481_0:32:1280:752_1280x0_80_0_0_c069881c4103e0f94f7759a8f7b1603b.jpg

Wladimir Konstantinow

8:11 de.rt.com: **Blinken: USA haben Russland Zugang zu Waffenimporten abgeschnitten**

Laut US-Außenminister Antony Blinken haben die USA Russland systematisch den Zugang zu Waffenimporten verwehrt und setzen ihre Politik des maximalen Drucks fort. Nach einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij verkündete Blinken:

"Jetzt wendet sich Moskau bereits an Nordkorea und Iran, um militärische Unterstützung zu erhalten. Denn wir blockieren systematisch ihren Zugang zu Importen und werden diesen Druck fortsetzen, bis die Aggression gegen die Ukraine aufhört."

Alexei Fenko, außerordentlicher Professor am Lehrstuhl für Weltpolitik an der Moskauer Lomonossow-Universität, kommentierte die Presseberichte aus den USA über Russlands vermeintliche Waffenkäufe in Nordkorea. Er erklärte, dass diese Berichte für Gelächter sorgten und "lanciert" worden seien, um Russlands vermeintliche Schwäche zu zeigen. Laut Fenko reichen die Kapazitäten der russischen Verteidigungsindustrie aus, um nicht auf Waffenkäufe angewiesen zu sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631ac395b480cc0f724a2182.jpg>

Anthony Blinken

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 09.09.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 40 Mann;
- 3 Schützenpanzerwagen;
- 4 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 8. September haben sie mehr als 6 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Lissitschanskij und Malorjasanzewo zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:02 de.rt.com: **Saporoschje-Behörden: Von Kiew kontrollierter Teil des Gebietes will zu Russlands gehören**

Die Mehrheit der Einwohner der von Kiew kontrollierten Stadt Saporoschje und des Gebietes sei pro-russisch eingestellt, so Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der Gebietsverwaltung von Saporoschje. Die Einwohner hätten aber Angst, sich offen zu der Idee zu bekennen, dass das Gebiet Teil Russlands werden sollte. Er erklärte laut [RIA Nowosti](#): "Die Menschen werden diese Frage nicht beantworten, weil sie sehr wohl wissen, was mit ihnen geschieht, wenn sie sich äußern. Die Mehrheit der Menschen in Saporoschje vertritt definitiv unsere Position, unsere Ansichten, aber sie sind jetzt eingeschüchtert und werden das natürlich nicht zugeben."

Die Einwohner der Stadt, die sich öffentlich zu ihren Sympathien für Russland bekennen, müssen mit körperlichen Strafen rechnen, betonte der Vertreter der örtlichen Behörden.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 9.09.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **194 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155mm und 152mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 2 Zivilisten, 12 wurden verletzt**. 21 Häuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch gesammelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 122mm-Haubitzen D-30, eine Drohne „Furija“ und 3 Schützenpanzerwagen. Eine Feuerstellung des Gegners im Gebiet von Perwomajskoje und mehr als 20 Mann wurden neutralisiert.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:33 de.rt.com: **Ukrainische Soldaten nach Cherson- "Offensive" in russischer Gefangenschaft**

Viele ukrainische Soldaten, die an der sogenannten Gegenoffensive im Gebiet Cherson teilgenommen haben, sind von russischen Kräften in Gefangenschaft genommen worden. Das teilte der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung Kirill Stremoussow gegenüber [RIA Nowosti](#) mit. Er stellte klar:

"Es gibt Kriegsgefangene. Ich habe sie selbst gesehen. Es sind unglückliche Menschen, die vom Kiewer Regime in die Schützengräben getrieben und dann in einen Selbstmordangriff geschickt wurden."

"Die ukrainische Armee zählt die Toten nicht und hat seit dem 29. August, dem Beginn der sogenannten Gegenangriffe, bereits mehr als 3.000 Menschen verloren."

Seit Ende August unternehmen Kiews Truppen wiederholt vermeintliche "Gegenangriffe".

Das russische Verteidigungsministerium berichtet, dass diese Versuche zurückgeschlagen werden, wobei ukrainische Verbände schwere Verluste an Personal und Ausrüstung erleiden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631ad22348fbef3115292f17.jpg>

Ausgebrannter ukrainischer Truppentransporter am Ortseingang von Cherson

9:46 de.rt.com: **Nordkorea bereit, bei Bedrohung "automatisch und sofort" nuklearen Präventivschlag auszuführen**

Nordkorea hat in einem neuen Gesetz die Voraussetzungen für den Einsatz von Nuklearwaffen festlegt. Pjöngjang erklärt in dem Gesetzestext, dass es nicht zögern werde, Atomwaffen einzusetzen, wenn es eine Bedrohung für seine Führungsspitze oder "wichtige strategische Ziele" sehe.

Die staatliche Korean Central News Agency (KCNA) veröffentlichte am Freitag den Text eines neuen Gesetzes zur "Nuklearpolitik der Demokratischen Volksrepublik Korea". In dem Dokument heißt es unter anderem, dass die Regierung Atomwaffen zwar als "letztes Mittel" betrachte, sie aber einsetzen werde, um "Aggressionen zu verhindern, die die Sicherheit des Staates und des Volkes ernsthaft bedrohen."

In dem Papier steht weiter, dass Pjöngjang "automatisch und sofort" einen Präventivschlag durchführen werde, wenn die Behörden der Meinung seien, dass "das Kommando- und Kontrollsystem für die nationalen Atomstreitkräfte durch einen Angriff feindlicher Kräfte gefährdet ist."

In dem Gesetz wird zwar betont, dass Nordkorea nicht mit Atomwaffen drohe und diese auch nicht gegen nicht-nukleare Länder einsetzen werde. Doch wird gleichzeitig erklärt, dass Pjöngjang auf Aggressionen oder auf Staaten, die Nordkorea bedrohen, indem sie sich mit anderen nuklear bewaffneten Staaten zusammentun, mit aller Härte reagieren werde.

Das Dokument nennt fünf Szenarien, in denen das Militär einen Atomschlag ausführen könnte. Darunter die Bedrohung des Landes durch Massenvernichtungswaffen, der Angriff auf führende Politiker oder "wichtige strategische Ziele", eine "unvermeidbare operative Notwendigkeit, um die Ausweitung und Verlängerung eines Krieges zu verhindern" oder eine andere "katastrophale Krise", die das Land oder seine Bevölkerung gefährdet.

Westliche Kreise haben in den letzten Monaten wiederholt einen bevorstehenden nordkoreanischen Atomtest vorausgesagt und behauptet, das Militär bereite sich auf den ersten Versuch seit 2017 vor. Wenngleich es von nordkoreanischer Seite keine Ankündigung

dieser Art gab.

Der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un erklärte indes kürzlich, das Atomwaffenarsenal seines Landes "so schnell wie möglich" ausbauen zu wollen. Und er betonte, das Militär müsse "jederzeit" auf den Einsatz von Atomwaffen gegen "feindliche" ausländische Mächte vorbereitet sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631aeefdb480cc0cbc586b5c.jpg>

Der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un bei einer Parlamentsansprache (Pjöngjang, 9. September 2022)

9:58 de.rt.com: **Ukraine fordert mehr als 300 Milliarden Euro Entschädigung von Moskau**

Nach Angaben des ukrainischen Justizministers Denis Maljuska fordert Kiew von Moskau Kriegsentschädigungen von umgerechnet mindestens 300 Milliarden Euro. Bei der nächsten UN-Vollversammlung wolle Kiew eine entsprechende Resolution durchsetzen. Diese soll die Grundlage für einen internationalen Wiedergutmachungsmechanismus bilden, sagte der Minister den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Er betonte:

"Wir wollen eine Kompensation für alle Schäden, die Russland in der Ukraine durch seinen Angriffskrieg verursacht hat."

Der Schaden, den die Ukraine durch die russische Sonderoperation erlitten habe, werde viel höher geschätzt. Die genannte Summe von 300 Milliarden US-Dollar entspricht den Guthaben der russischen Nationalbank in den G7-Staaten, die im Zuge der Sanktionen eingefroren wurden. Maljuska verlangte den Zugriff auf diese Guthaben sowie auf das Auslandsvermögen russischer Staatsunternehmen und den beschlagnahmten Besitz russischer Oligarchen.

Berlin solle Auskunft geben, wie viel russisches Vermögen in Deutschland geparkt sei und Kiews Vorhaben in der UN-Vollversammlung in New York unterstützen, sagte der Minister.

10:17 de.rt.com: **Experte: Lebensmittelabkommen könnte zu Hungersnot in der Ukraine führen**

Die Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine im Rahmen des Lebensmittelabkommens könnte zu einer Hungersnot in dem Land führen, warnte der Wirtschaftswissenschaftler Egor Klopenko gegenüber der Nachrichtenagentur Prime. Der Experte sagte:

"In der Ukraine könnte es zu Nahrungsmittelengpässen kommen, da die dortigen Behörden bereit sind, dem Westen alles zu geben, ohne an die Bevölkerung zu denken."

Die Schulden der Ukraine gegenüber dem Westen seien in sechs Monaten um 70 bis 100 Milliarden US-Dollar gestiegen, betonte der Wirtschaftswissenschaftler. Da Kiew nicht in der Lage sein werde, alle Zahlungen zu leisten, nehme Europa diese in Form von Getreide entgegen, vermutet Klopenko. Das Ergebnis eines solchen Tauschhandels wird nach Ansicht des Experten eine Nahrungsmittelkrise im Winter sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631adadfb480cc31360a4de1.jpg>

Weizenernte bei Wolnowacha, Volksrepublik Donezk, August 2022

10:38 de.rt.com: DVR meldet vier Verletzte in Panteleimonowka nach Angriff ukrainischer Einheiten

In dem zwischen Gorlowka und Makejewka in der Donezker Volksrepublik (DVR) gelegenen Dorf Panteleimonowka sind bei einem Angriff der ukrainischen Streitkräfte vier Menschen verletzt worden. Dies teilt das Hauptquartier für territoriale Verteidigung der DVR mit. In einer [Erklärung](#) heißt es:

"Ukrainische Kämpfer griffen Panteleimonowka an, vier Menschen wurden in der Winogradnaja-Straße verwundet."

11:04 de.rt.com: Bloomberg: USA wollen Treibstoffpreise mit Hilfe strategischer Reserven senken

Wie Bloomberg unter Berufung auf Quellen berichtet, prüfen die USA Möglichkeiten zur Freigabe zusätzlicher Ölbestände aus den strategischen Reserven, um die Kraftstoffpreise zu senken. In dem [Bericht](#) heißt es:

"Die Regierung von US-Präsident Joe Biden prüft Möglichkeiten, die steigenden Ölpreise noch in diesem Jahr zu senken, einschließlich der Möglichkeit, zusätzliche Mengen aus den strategischen Reserven des Landes freizugeben."

Den Quellen der Agentur zufolge könnte das EU-Importembargo über Energielieferungen aus Russland für weitere Preissteigerungen auf dem Weltmarkt sorgen.

Falls der Einsatz der strategischen Reserven beschlossen wird, könnte dieser im November, Dezember und Januar umgesetzt werden, so Bloomberg.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631ae4aa48fbef3115292f2e.jpg>
Öllagertanks in Oklahoma, USA

11:21 de.rt.com: **Rosguardija vernichtet Stützpunkt der ukrainischen Armee in DVR**

Ein Stützpunkt der ukrainischen Armee, zwei Munitionsdepots und 15 ukrainische Soldaten wurden von Spezialkräften der Russischen Nationalgarde (Rosguardija) ausfindig gemacht und durch russische Artillerie eliminiert. Dies berichtete der Rosguardija-Pressedienst gegenüber [TASS](#).

Ferner wurde mitgeteilt, dass bei Aufklärungs- und Durchsuchungsmaßnahmen ein von den ukrainischen Streitkräften vermutetes Versteck gefunden wurde, aus dem Panzerabwehrminen, Granaten und Sprengstoff beschlagnahmt wurden. Am selben Tag seien Granatwerfer, Artilleriegranaten und Minen sowie eine Menge Munition verschiedener Kaliber für Handfeuerwaffen sowie Schusswesten und Uniformen der Streitkräfte der Ukraine in weiteren Verstecken entdeckt worden.

11:52 dertcom: **Russisches Erdgas fließt wieder nach Lettland**

Lettland erhält wieder Erdgas aus Russland, berichtet die Nachrichtenagentur TASS. Sie bezieht sich auf eine Erklärung des lettischen Erdgasinfrastrukturbetreibers Conexus Baltic Grid. In dem Bericht heißt es:

"Das Erdgas kommt über die Verbindungsleitung in Luhamaa."

Am 11. August waren die Gaslieferungen von Russland nach Lettland eingestellt worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631af9d1b480cc12650fd3d7.jpg>

nachmittags:

12:26 de.rt.com: **Ukrainische Fallschirmjäger scheitern mit Vorstoß am Frontabschnitt Kamenka-Dneprowsk**

Die ukrainischen Streitkräfte haben einen weiteren Versuch unternommen, Truppen über den Dnepr am Frontabschnitt Kamenka-Dneprowsk zu landen. Der Vorstoß wurde jedoch zurückgeschlagen, [teilt](#) Wladimir Rogow, ein Mitglied des Hauptverwaltungsrates des Gebietes Saporoschje, mit.

"Gestern Abend wurde ein neuer Versuch von Selenskijs Kämpfern vereitelt, den Dnepr zu überqueren und nahe Kamenka-Dneprowsk zu landen."

Ihm zufolge wollten ukrainische Truppen eine Schwachstelle in der Verteidigung ausfindig machen, denn zuvor habe es Versuche gegeben, Truppen in Richtung Energodar, Dneprorudny und Wasiljewka zu landen. Rogow betonte:

"Sie suchen nach einem Ort, an dem sie am Dneprufer Fuß fassen und einen Brückenkopf für eine Offensive schaffen können."

12:43 de.rt.com: **Abzocke beim Getreideabkommen: Erdoğan stimmt Putins Kritik an Getreideexporten aus der Ukraine zu**

Der türkische Präsident hat die Umsetzung des Getreideabkommens mit der Ukraine und Russland kritisiert. Das Getreide aus der Ukraine werde allein in reiche Länder ausgeführt. Damit bekräftigte Erdoğan Putins Kritik an der Getreide-Abzocke, die westliche Staaten auf der Grundlage dieser Vereinbarung betreiben.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sagte am Donnerstag, er wolle, dass auch Getreide aus Russland exportiert werde. Und er fügte hinzu, Wladimir Putin habe recht, wenn er sich darüber beschwere, dass Getreide aus der Ukraine im Rahmen eines von der UNO unterstützten Abkommens eher an reiche als an arme Länder geliefert werde.

"Putin hat recht, das Getreide geht an reiche, nicht an arme Länder, und unser Ziel war es, die Lieferung von Getreide an die Armen sicherzustellen."

Solange die Sanktionen gegen Russland andauerten, wolle Moskau nicht, dass das Getreide an jene Länder geliefert werde, die Sanktionen verhängt hätten. Das störe Putin, fügte Erdoğan hinzu.

Das Hauptziel der Bemühungen zur Schaffung eines Getreidekorridors bestand darin, sicherzustellen, dass mit Getreide und anderen Lebensmitteln beladene Schiffe, die aufgrund von Minen in den ukrainischen Häfen festsitzen, auslaufen könnten. Damit sollte die drohende Nahrungsmittelkrise in den Entwicklungsländern abgewendet werden.

Nach Ansicht des türkischen Präsidenten sollte möglichst bald mit Getreidelieferungen aus Russland begonnen werden, damit ausreichende Mengen auch in die armen Länder gelangen. Der russische Präsident Putin hatte jüngst die Umsetzung des Abkommens über die Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine kritisiert. Die Leidtragenden seien die von Armut bedrohten Länder, da das Getreide aus den ukrainischen Häfen nicht – wie ursprünglich zugesichert – an sie gehe, sondern vor allem nach Europa. "Es hat sich herausgestellt, dass wir ein weiteres Mal einfach nur grob abgezockt wurden, wie man im Volksmund sagt", erklärte der Kremlchef. Darüber werde er "unbedingt" mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan reden, so Putin. Mit seiner Äußerung empörte er sich darüber, dass das Getreide nicht in "die sich entwickelnden ärmsten Länder, sondern in Länder der EU" gehe.

Vertreter der Vereinten Nationen und Russlands trafen sich am Mittwoch in Genf, um die russischen Beschwerden darüber zu erörtern, dass westliche Sanktionen die Getreide- und Düngemittelausfuhren des Landes trotz des UN-Abkommens behindern.

Ismini Palla, U.N.-Sprecherin der Schwarzmeer-Getreide-Initiative, sagte, der Rückgang der weltweiten Weizenpreise im August sei zum Teil auf die Wiederaufnahme der Exporte aus der Ukraine zurückzuführen. Die Sicherstellung der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Düngemitteln sei entscheidend für die Aufrechterhaltung dieses Trends.

12:52 de.rt.com: **EU beschließt vollständige Aussetzung des Visa-Abkommens mit Russland**

Die EU wird ein mit Russland geschlossenes Abkommen zur Erleichterung der Visa-Vergabe vollständig aussetzen. Dies hat höhere Bearbeitungsgebühren zur Folge und Antragsteller müssen zusätzliche Nachweise vorlegen. Der Beschluss tritt kommenden Montag in Kraft. Der Europäische Rat hat am Freitag beschlossen, das Visaerleichterungsabkommen zwischen der EU und Russland vollständig auszusetzen. Das Ende der Visa-Erleichterungen für Reisende aus Russland tritt kommenden Montag in Kraft.

Der tschechische Innenminister Vit Rakušan [sagte](#):

"Die heutige Entscheidung ist eine direkte Folge des russischen Vorgehens und ein weiterer Beweis unseres unerschütterlichen Engagements für die Ukraine und ihre Bevölkerung." In der Praxis bedeutet dies, dass Antragsteller künftig mehr Unterlagen vorlegen müssen. Die Visumgebühr wird von 35 auf 80 Euro erhöht, auch die Bearbeitungszeit von zehn Kalendertagen nach Antragseingang soll nicht mehr gelten. Zudem werden die Regeln für die mehrfache Einreise verschärft, die Menge an ausgestellten Visa für die mehrfache Einreise soll erheblich reduziert werden.

Das im Jahr 2007 in Kraft getretene Visaerleichterungsabkommen war Ende Februar bereits für Geschäftsleute, Regierungsvertreter und Diplomaten außer Kraft gesetzt worden.

Inwieweit die Maßnahme den Touristenstrom bremsen wird, ist vorerst unklar. Nach Angaben aus deutschen Regierungskreisen wurden von Anfang Januar bis Mitte August dieses Jahres etwa 15.000 Schengen-Visa für die Einreise in die Bundesrepublik ausgestellt. Diese Zahl liegt bereits deutlich unter dem Durchschnitt vor der COVID-19-Pandemie. Im Jahr 2019 wurden den Angaben zufolge rund 30.000 Schengen-Visa pro Monat an Russen vergeben. Diese gelten für Kurzaufenthalte im Schengen-Raum, der neben Deutschland noch 25 andere europäische Länder umfasst.

Mehrere EU-Staaten hatten zuvor versucht, ein weitreichendes Einreiseverbot für russische Touristen durchzusetzen, die Initiative fand jedoch keine einstimmige Unterstützung innerhalb der EU.

Laut Russlands Präsident Wladimir Putin werde Moskau keine Visabeschränkungen für ausländische Staatsbürger einführen. Putin betonte diese Woche beim Östlichen Wirtschaftsforum in Wladiwostok:

"Wir werden diese Kontakte nicht selbst kappen. Und diejenigen, die so etwas tun, isolieren nicht uns, sondern sich selbst."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631b1a8a48fbef2b411d606e.jpg>

13:19 de.rt.com: **Direkte Flugverbindung zwischen Moskau und Chişinău wird ab 1. Oktober wiederhergestellt**

Zum 1. Oktober soll eine direkte Flugverbindung zwischen Russland und Moldawien wieder

eingrichtet werden. Wie die Fluggesellschaft Air Moldova mitteilte, geschehe dies als Reaktion auf die Forderungen von moldawischen Bürgern, die in Russland leben und arbeiten.

Die moldawische Fluggesellschaft Air Moldova hat die Wiederherstellung einer direkten Flugverbindung zwischen Moskau und Chişinău zum 1. Oktober angekündigt. Dies geht aus einer Presseerklärung der Fluggesellschaft hervor, die am Freitag veröffentlicht wurde. Darin hieß es unter anderem:

"Nach der Sperrung des Luftraums im Februar 2022 wird Air Moldova Flüge nach Moskau ab dem 1. Oktober wieder aufnehmen. Die getroffene Entscheidung ist das Ergebnis zahlreicher Bitten der Bürger der Republik Moldawien, die nach Hause oder zu ihren Familien zurückkehren wollen."

Ein weiterer Faktor seien Forderungen der Passagiere gewesen, während der Pandemie oder der Sperrung des Luftraums erworbene Tickets zu nutzen, fügte Air Moldova hinzu.

Die Regierung in Chişinău hatte nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine den Ausnahmezustand verhängt. Neben den 27 EU-Staaten, den USA, Kanada und Großbritannien hatte auch die Republik Moldawien ihren Luftraum für Flüge aus Russland gesperrt.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur TASS leben, studieren und arbeiten Hunderttausende moldawische Staatsbürger in Russland. Bis zur Wiederherstellung der Flugverbindung waren sie für Reisen in die Heimat gezwungen, Autofahrten über fünf bis sechs Länder oder Flüge mit Zwischenlandungen in Kauf zu nehmen. Im Vergleich zum Jahr 2021 seien die Flugkosten für die Passagiere durch die Notwendigkeit mehrfachen Umsteigens um ein Fünffaches gestiegen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631b0b7cb480cc69a15a06e1.jpg>
Flugzeug der Fluggesellschaft Air Moldova am Moskauer Flughafen Domodedowo

13:19 de.rt.com: **Verbündete Streitkräfte greifen ukrainische Stellungen bei Sewersk an**
In der Nacht zum Donnerstag haben alliierte Streitkräfte bei Serebrjanka nahe Sewersk Stellungen ukrainischer Soldaten und deren Ausrüstung angegriffen. Dies teilte der erste stellvertretende Informationsminister der Donezker Volksrepublik (DVR) Daniil Bessonow am Freitag laut [TASS](#) mit.

Bessonow fügte hinzu, dass die ukrainische Armee dort Berichten zufolge bis zu 2.500 Mann, darunter eine große Anzahl ausländischer Söldner sowie Panzer, Schützenpanzer und selbstfahrende Artillerieeinheiten zusammengezogen habe und offensichtlich einen Vorstoß in Richtung Kupjansk vorbereitete.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631b0b17b480cc69a15a06dd.jpg>

14:04 de.rt.com: **Zwei Menschen bei Beschuss durch ukrainische Soldaten in Jassinowataja verletzt**

Das Hauptquartier der Territoriaverteidigung der Donezker Volksrepublik meldet, dass in Jassinowataja zwei Menschen beim Beschuss durch ukrainische Truppen verletzt wurden. In einer Mitteilung der Behörde heißt es laut [RIA Nowosti](#):

"Ein Mann und eine Frau wurden in der Ordschonikidse-Straße in Jassinowataja infolge des Beschusses durch ukrainische bewaffnete Formationen verwundet."

Die Stadt Jassinowataja liegt etwa 25 Kilometer nördlich von Donezk. Westlich der Stadt, die seit 2014 von der DVR kontrolliert wird, verläuft seit fast acht Jahren eine Frontlinie mit Kampfstellungen der ukrainischen Streitkräfte in Richtung Awdejewka.

14:10 de.rt.com: **Indien und China einigen sich auf Truppenabzug aus umstrittenen Grenzgebiet**

Seit Jahren gelten die Beziehungen zwischen China und Indien wegen einer umstrittenen Grenze im westlichen Himalaya als angespannt. Nun einigen sich Peking und Neu-Delhi auf einen Kompromiss. Beide Länder wollen ihre Truppen aus dem umstrittenen Grenzgebiet abziehen.

Indien und China haben sich darauf geeinigt, die an einem Grenzpunkt in der Nähe der indischen Region Ladakh stationierten Soldaten abzuziehen und damit eine militärische Pattsituation zu deeskalieren, die seit Mai 2020 immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen geführt hatte.

In ähnlich formulierten Erklärungen [gaben](#) beide Seiten am Donnerstag die Entscheidung bekannt. Demnach werden sich die indischen und chinesischen Streitkräfte aus einem umstrittenen Grenzgebiet im Tal des Flusses Chang Chenmo zurückziehen.

Das chinesische Verteidigungsministerium erklärte:

"Am 8. September begannen die Grenztruppen des chinesischen und des indischen Militärs in Ganandaban gemäß dem Konsensus, der in der 16. Runde der Gespräche auf Kommandeurebene zwischen China und Indien erreicht wurde, mit dem planmäßigen Abzug,"

Und es fügte hinzu, dass dieser Schritt "der Aufrechterhaltung von Frieden und Ruhe in den Grenzgebieten dient." Chinas Außenamtssprecherin Mao Ning bezeichnete die Einigung am Freitag vor der Presse in Peking als "positives Signal". China hoffe auf eine weitere gute Entwicklung der Beziehungen zu seinem Nachbarland.

Auch Neu-Delhi [erklärte](#), die Entscheidung werde dazu beitragen, "Frieden und Ruhe" in der Region zu wahren, und schloss sich damit Pekings Erklärung an. In der kommenden Woche findet im usbekischen Samarkand ein Gipfel der Shanghaier Organisation für

Zusammenarbeit (SOZ) statt. China und Indien gehören genauso wie Russland, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan der SOZ-Gruppe an. Nach derzeit unbestätigten Medienberichten könnten Chinas Präsident Xi Jinping und der indische Premierminister Narendra Modi in Usbekistan zusammentreffen.

Der Abzug der Truppen erfolgt nach einer Reihe von Grenzscharmützeln zwischen indischen und chinesischen Truppen, die im Frühjahr 2020 begonnen hatten. Im Sommer des gleichen Jahres kam es an der Line of Actual Control, der inoffiziellen Grenzlinie entlang des Galwan-Flusses, auch zu einem [tödlichen Zwischenfall](#): Soldaten waren dort mit Steinen, Stöcken und Fäusten aufeinander losgegangen. Sowohl chinesische als auch indische Militärangehörige kamen dabei ums Leben. Dies war zugleich der tödlichste Zwischenfall zwischen China und Indien seit Jahrzehnten.

Der Grund für die Militärpräsenz ist ein langjähriger Territorialstreit zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Ländern der Welt. Im Jahr 1962 kam es auch zu einem kurzen Krieg, den China für sich entscheiden konnte. Peking und Neu-Delhi wurden sich danach aber nicht über eine klar definierte Grenze einig, was im Laufe der Jahre immer wieder zu Auseinandersetzungen führte.

Nach Bekanntwerden der Einigung auf einen Truppenabzug beider Seiten wurden indische Offizielle in den lokalen Medien mit den Worten zitiert, dass es entlang der Grenze noch einige "Reibungspunkte" gebe, unter anderem in Demchok und Depsang. Sie fügten hinzu, dass Neu-Delhi China weiterhin drängen werde, diese Gebiete zu räumen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631b2c8d48fbef2b411d608c.jpg>
Soldaten der indischen Armee stehen neben einem Geschütz, das am 20. Oktober 2021 nahe der Grenze zu China im indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh aufgestellt wurde.

14:26 de.rt.com: **Medienberichte: Frankreich beliefert Ukraine mit TRF1-Kanonen**

Laut der französischen Tageszeitung [L'Opinion](#) wird Frankreich der Ukraine erneut selbstfahrende Kanonen liefern. Diesmal handele es sich um den Typ TRF1, meldete die Zeitung am Donnerstag:

"Frankreich wird wieder Kanonen an die Ukraine liefern. Diesmal handelt es sich nicht um die Artilleriewaffe Caesar, sondern um ein älteres Modell, die [TRF1](#). Beide Geschütze haben das gleiche Kaliber (155 Millimeter), aber im Gegensatz zu Caesar ist das TRF1 ein gezogenes Geschütz und wird nicht auf ein Fahrzeug montiert."

Geschütze dieser Art seien nicht mehr im Einsatz bei der französischen Armee, mit Ausnahme einer Handvoll in einem Regiment, das in Dschibuti stationiert sei, so die Zeitung.



<https://beymedias.brightspotcdn.com/dims4/default/31db02d/2147483647/strip/true/crop/2958x1542+0+319/resize/1680x876!/format/webp/quality/90/?url=http%3A%2F%2F1-opinion-brightspot.s3.amazonaws.com%2F62%2F5f%2F953d1fb84ec2b5e12f7abdeb4d4d%2Ftrf1-sipa.jpg>

155-mm-TRF1-Kanone in Dschibuti im Jahr 2000

14:38 de.rt.com: **Cherson-Beamter: Kiew schickt unerfahrene Soldaten in die Gegenoffensive**

Die ukrainischen Behörden rekrutieren unprofessionelle Militärs und schicken sie ohne Grundausbildung an die Front. Darauf wies der stellvertretende Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes Cherson, Kirill Stremoussow, am Freitag gegenüber [TASS](#) hin. Auf die Frage, ob es unter den Ukrainern, die auf der Seite Kiews am Frontabschnitt Cherson kämpfen, tatsächlich unprofessionelle Militärangehörige gibt, bejahte er dies und hob hervor: "Das Selenskij-Regime lässt die Männer das ukrainische Territorium nicht verlassen. Sie werden alle herausgefischt und ohne Grundausbildung an die Front geschickt."

All diese Gegenangriffe und Kessel, von denen Kiew so lautstark spreche, seien ein Bild für den Westen. Auf diese Weise, so Stremoussow weiter, versuchen die ukrainischen Behörden zu zeigen, dass die Armee auf dem Vormarsch sei. Er fügte hinzu:

"Aber es handelt sich nicht nur um Fakes, sondern um eine verwerfliche Haltung gegenüber denjenigen, die ihr Leben ohne jeglichen Grund geben."

15:09 de.rt.com: **Sloweniens Premierminister sieht Zusammenbruch des EU-Gas- und Strommarktes**

Europas Energiemarkt sei zusammengebrochen, stellte der slowenische Premierminister Robert Golob fest, wie die Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf den slowenischen Rundfunk berichtet. In einem kürzlich geführten Interview sagte er:

"Der europäische Gas- und Strommarkt ist buchstäblich zusammengebrochen und funktioniert heute nicht mehr. Das bedeutet nicht, dass er aufgegeben werden muss, sondern dass eine Reform erforderlich ist."

Golob betonte auch, dass es für die EU noch Spielraum gebe, sich aus der Krise zu retten. Zuvor war berichtet worden, dass Slowenien und Frankreich gemeinsame Initiativen zur Stabilisierung der Preise auf dem Energiemarkt vorbereiten würden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631b07c048fbef2b411d6050.jpg>

Robert Golob

15:31 de.rt.com: **Zehn EU-Länder lehnen Vorschlag über Preisobergrenze für russisches Gas ab**

Angesichts der steigenden Gaspreise in Europa haben sich die EU-Energieminister in Brüssel am Freitag getroffen. Einem Medienbericht zufolge lehnen mindestens zehn EU-Länder den Vorschlag ab, eine Preisobergrenze für russisches Erdgas einzuführen.

Vor dem Hintergrund der vorgeschlagenen Preisobergrenze für russisches Gas haben sich die EU-Energieminister am Freitag in Brüssel getroffen. Mindestens zehn EU-Staaten lehnen die Einführung einer Preisobergrenze ab, da sie befürchten, dass Russland seine Lieferungen dann komplett einstellt. Dies berichtete die britische Zeitung Financial Times unter Berufung auf Vertreter der EU-Behörden.

Der Berater des griechischen Ministerpräsidenten für Energie, Nikos Tsafos, sagte, dass Russland "auf einen solchen Schritt seine Reaktion" zeigen wird. Unterdessen sprach sich Ungarn bei dem Treffen gegen die Einführung einer Preisobergrenze aus. In diesem Zusammenhang äußerte sich der ungarische Außenminister Péter Szijjártó:

"Wenn eine Preisobergrenze ausschließlich für Gas aus Russland eingeführt wird, führt dies natürlich zu einem sofortigen Lieferstopp von russischem Gas. Man muss kein Nobelpreisträger sein, um dies zu verstehen."

Er unterstrich, dass dieser Vorschlag weder den Interessen Europas noch Ungarns entspreche. Mittlerweile fordern mindestens zehn EU-Mitgliedstaaten die Einführung von Preisobergrenzen für alle Gaslieferanten, nicht nur für Russland. Gleichzeitig befürchten die EU-Regierungen die Reaktion Moskaus.

Am Donnerstag hatte die belgische Energieministerin Tinne Van der Straeten erklärt, das Land werde keine Preisobergrenze nur für Gas aus Russland einführen. Ihrer Meinung nach sei dies "eine rein politische Entscheidung". Am selben Tag äußerte sich der Premierminister Belgiens, Alexander De Croo, gegenüber der US-amerikanischen Tageszeitung POLITICO zu dem Thema. Er sagte, dass eine Preisobergrenze für alle Gaslieferanten eingeführt werden sollte. Gleichzeitig sollte der Höchstpreis für Gas in Europa 5 Prozent höher sein als in Asien, sodass der Markt in Europa für Gashändler attraktiver sei.

Nach Angaben der EU müssen alle 27 EU-Mitgliedsstaaten einer Preisobergrenze für russisches Gas zustimmen. Um jedoch die Gaspreise für alle Gaslieferanten zu begrenzen, müsse nur die Mehrheit der EU-Länder zustimmen. Ungarn, Österreich und die Niederlande hatten sich bereits dagegen ausgesprochen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631b23aa48fbef2705693b1b.jpg>

15:54 de.rt.com: **Alliierte Streitkräfte halten Kupjansk trotz schwieriger Lage im Gebiet**

Die Lage im Bezirk Kupjansk im Gebiet Charkow sei nach wie vor schwierig, aber das russische Militär halte die Stadt weiterhin. Das verkündete der Leiter der Bezirksverwaltung, Maksim Gubin, laut [RIA Nowosti](#). Er erklärte:

"Die Situation im Bezirk Kupjansk ist jetzt ziemlich kompliziert und unklar. Die ukrainischen Streitkräfte kämpfen aktiv im Schewtschenko-Bezirk, die Frontlinie befindet sich im Moment genau im Schewtschenko-Bezirk. Die russischen Truppen halten ihre Positionen, und die Stadt ist ziemlich sicher."

Laut Gubin versuchen die Behörden, alle Anstrengungen zu bündeln, um die örtliche Bevölkerung für drei bis vier Tage zu evakuieren, bis sich die Lage stabilisiert hat.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631b3419b480cc728a6b1836.jpg>

Soldat des Innenministeriums der LVR vor einer Polizeistation in Kupjansk

16:26 de.rt.com: **Rumänisches Kriegsschiff durch Mine gesprengt, die es entschärfen sollte**

Der Pressedienst der rumänischen Marine berichtete, dass ein rumänisches Kriegsschiff in der Nähe des Hafens von Constanța im Schwarzen Meer eine Mine zur Explosion gebracht hat, die es entschärfen sollte. Nach Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti vermerkte die Behörde:

"Der Seeschlepper Leutnant Dimitrie Nicolescu (DM-29) kam am Donnerstag, den 8. September, gegen 17:45 Uhr in das Gebiet der treibenden Seemine, um sie zu entschärfen. Obwohl bei Einbruch der Dunkelheit Sicherheitsmaßnahmen ergriffen wurden, explodierte das Kriegsschiff aufgrund der widrigen Wetterbedingungen auf der Mine, die durch einen

Sturm abgetrieben wurde."

Das Schiff erlitt einen leichten Bruch. Keines der 75 Besatzungsmitglieder wurde verletzt, so der Pressedienst. Dies war der dritte Einsatz der rumänischen Marine zur Beseitigung einer Seemine seit Beginn des Konflikts in der Ukraine, berichtete die Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 9. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen, außerdem wurde an einem Kommunikationsobjekt in Mariupol Ausrüstung für den LTE-Standard montiert und in Betrieb genommen.

In 43 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte an die Stromversorgung angeschlossen.

An Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 5300 Menschen.

In Mariupol, Wolnowacha, Krasnyj Liman und Luganskoje werden Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 24 Hektar Territorium untersucht und 76 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk und anderer Städte der DVR abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:11 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainische Truppen ziehen sich nach Niederlage am Frontabschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog zurück**

Die Streitkräfte der Ukraine haben versucht, am Frontabschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog durchzubrechen, zogen sich aber aufgrund von Verlusten zurück. Das verkündete Generalleutnant Igor Konaschenkow, der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Freitag. Er erklärte laut [TASS](#):

"Die ukrainischen Streitkräfte am Frontabschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog unternahmen mehrere erfolglose Angriffsversuche, erlitten Verluste und zogen sich zurück. Das Personal und die militärische Ausrüstung der 46. Aeromobilbrigade, der 35. Marinebrigade und der 61. Infanteriebrigade erlitten in den Gebieten der Siedlungen Bezymennoje, Nowogrigorjewka im Gebiet Nikolajew und Suchoi Stawok im Gebiet Cherson eine Niederlage."

Konaschenkow wies auch darauf hin, dass die ukrainischen Truppen innerhalb eines Tages drei Panzer, vier Schützenpanzer und sieben andere gepanzerte Fahrzeuge, zwei Pickups mit großkalibrigen Maschinengewehren und über 270 Soldaten am Frontabschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog verloren haben.



Igor Konaschenkow

17:33 de.rt.com: **Leiter der Militärverwaltung Charkow: Ukraine mobilisiert hier alle Reserven und schlachtet ihre Soldaten ab**

Die ukrainischen Truppen haben alle ihre Ressourcen im Raum Charkow mobilisiert und erleiden große Verluste, sagte der Leiter der Regionalverwaltung, Witalij Gantschew, dem russischen Fernsehsender Rossija 24. Er betonte:

"Die ukrainischen Streitkräfte haben alle ihre Reserven zusammengezogen und versuchen nun, auf den Leichen ihrer Soldaten den Sieg darzustellen. Sie haben kolossale Verluste, die in die Tausende gehen. Sie schlachten ihre Menschen buchstäblich ab."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631b317bb480cc6fe960f15b.jpg>

Frische Gräber von ukrainischen Soldaten auf einem Friedhof in Kiew. 18. Juli 2022

17:58 de.rt.com: **Isjum, Kupjansk und Weliki Burluk im Raum Charkow werden evakuiert**

Derzeit wird die Bevölkerung aus den Ortschaften Isjum, Kupjansk und Weliki Burluk im Raum Charkow evakuiert, sagte der Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets, Witali Gantschew, im Fernsehsender Solowjow Live. Er berichtete:

"Vor allem wird aus Kupjansk und Isjum evakuiert. Nun gibt es Berichte, dass auch Weliki Burluk unter Beschuss steht, sodass die Menschen natürlich ermutigt werden, an sicherere Orte zu ziehen."

Sollte es Probleme bei der Unterbringung von Zivilisten geben, plant die Gebietsverwaltung, das Gebiet Belgorod in der Russischen Föderation um Hilfe zu bitten, so Gantschew weiter.

abends:

18:21 de.rt.com: **SOZ-Gipfel: Putin und Xi treffen sich nächste Woche in Usbekistan**

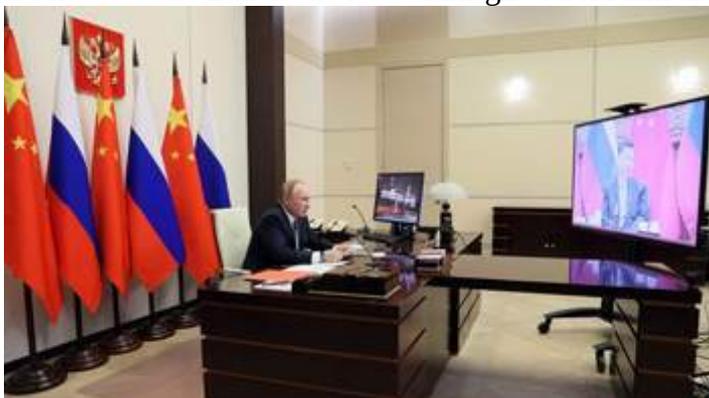
Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs gewinnen nicht-westliche Allianzen an Dynamik. Russlands Präsident Putin und Chinas Staatschef Xi Jinping werden Ende nächster Woche in Usbekistan im Rahmen des SOZ-Gipfels zusammentreffen.

Russlands Präsident Wladimir Putin und Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping werden nach Angaben eines hohen russischen Diplomaten Ende nächster Woche in Usbekistan zusammentreffen, im Rahmen des SOZ-Gipfels.

Das Treffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) ist für Donnerstag und Freitag geplant. Es wird der erste persönliche Gipfel der Staatsmänner dieser Gruppe seit Beginn der Corona-Pandemie sein. Beide Präsidenten waren zuletzt bei der Eröffnung der Olympischen Winterspiele Anfang Februar in Peking zusammengetroffen. Nach Beginn der darauf folgenden russischen Militäroperation in der Ukraine hatte sich Chinas Führung hinter Russlands Position gestellt und die USA und die NATO als Hauptverursacher des Konflikts bezeichnet. Zuletzt hatte der Besuch der Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan die Spannungen zwischen China und den Vereinigten Staaten massiv verstärkt. Auch das dürfte Ansporn für China sein, im Konkurrenzkampf mit dem Westen eine Partnerschaft mit Russland einzugehen.

Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs gewinnen nicht-westliche Allianzen an Dynamik. Die BRICS-Staaten hielten unlängst ihr 14. Gipfeltreffen als ein Gegenmodell zur Staatengruppe der G7 ab. Seit der Verhängung der historisch beispiellosen Sanktionen des Westens gegen Moskau rücken Russland, China und die Staaten des globalen Südens enger zusammen. Mit China, Brasilien, Indien und Südafrika unterstützen vier Länder Russland, die alle zusammengenommen ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung erbringen. Sie beziehen mehr denn je Dünger, Energie oder Waffen aus Russland.

Zur Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit gehören außer Russland und China auch Indien, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan. Die SOZ strebt weiter danach, größere wirtschaftliche Kompetenzen in Asien zu entwickeln, und wird vermutlich nächste Woche Iran als neues Vollmitglied aufnehmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631b3a37b480cc6ffa2d738b.jpg>

Videokonferenz zwischen Xi und Putin, 15. Dezember 2021

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 09.09.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR mehr als 110 Geschosse mit Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155 und 152mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 3 Zivilisten und 20 wurden verletzt**. 15 Gebäude und 9 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch gesammelt.

Der Komplex von Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) wird weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **7 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 16 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:33 de.rt.com: **Zwei Menschen bei erneutem Beschuss von Donezk getötet**

Im Donezker Stadtteil Petrowski wurden zwei Menschen durch den Beschuss ukrainischer Truppen getötet. Das teilte das Hauptquartier für territoriale Verteidigung der Volksrepublik Donezk (DVR) mit. In der Mitteilung hieß es laut RIA Nowosti:

"Ukrainische bewaffnete Formationen beschossen den Petrowski-Bezirk von Donezk, ein Mann und eine Frau wurden in der Nähe des Platzes des Sieges getötet."

Außerdem sei eine Frau durch den Beschuss der Leninstraße in Alexandrowka verwundet worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631b3d5248fbef406d23bbe9.jpg>

19:03 de.rt.com: **Frontex: Seit 24. Februar sind 8,8 Millionen Ukrainer in EU eingereist**

Fast neun Millionen (8,8 Millionen) Ukrainer sind nach Angaben der Europäischen Grenzschutzagentur (Frontex) seit Beginn der russischen Sonderoperation in die EU eingereist. In einem Bericht der Behörde hieß es:

"Laut den jüngsten Frontex-Daten sind seit Beginn des Krieges 8,8 Millionen ukrainische Bürger aus der Ukraine in die EU eingereist. Gleichzeitig ist eine beträchtliche Anzahl ukrainischer Bürger in ihr Land zurückgekehrt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631b2c05b480cc714f3879ba.jpg>

Ukrainische Flüchtlinge in Przemysł, Polen

19:06 de.rt.com: **Größter US-Flüssigerdgas-Exporteur: Energiekrise in Europa möglich**
Angesichts der gegen Russland verhängten Sanktionen versucht Europa unter anderem, auf verflüssigtes Erdgas umzusteigen. Der größte US-amerikanische LNG-Exporteur warnt jedoch davor, dass die Nachfrage aus China zu einer Energieknappheit in Europa führen könnte.

Vor dem Hintergrund des Energieengpasses in Europa und des bevorstehenden Winters hat der größte US-LNG-Exporteur, Cheniere Energy, vor einer möglichen Energiekrise gewarnt. Wegen begrenzter Vorräte weltweit könnte es diesen Winter "wirklich, wirklich knapp" werden. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf den Cheniere Energy Executive Vice President für globalen Handel, Corey Grindal.

Cheniere, das in diesem Jahr 70 Prozent seiner Produktion nach Europa geliefert hat, sagte auch, dass eine Wiederbelebung der LNG-Nachfrage aus China die Energiekrise in Europa noch verschärfen könnte. Denn angesichts einer angespannten Marktsituation könnte die Nachfrage aus China zu einem intensiven Wettbewerb führen.

Grindal sagte auf einer Gastech-Konferenz in Mailand am Donnerstag:

"Letztlich wird es darauf ankommen, wie knapp der Markt ist, wie kalt es ist und wie die staatliche Politik und industrielle Rationierung funktionieren."

Außerdem stellte Grindal fest, dass die derzeitige Preissituation darauf hindeute, dass die LNG-Lieferungen weiterhin nach Europa gehen würden. Die Preise, die im Jahr 2020 bei zwei US-Dollar pro Million British Thermal Units (MMBtu) lagen, sind im August auf 57 US-Dollar pro MMBtu hochgeschossen.

Die USA haben in diesem Jahr den Export des Kraftstoffs in die EU erhöht und von den hohen Preisen in der Region sehr profitiert. Zuvor wandten sich die EU-Länder dem LNG zu, da Russland, Europas größter Gaslieferant, infolge der westlichen Sanktionen gegen Moskau die Gaslieferungen eingestellt hatte. Somit kann Europa mit der schlimmsten Gasversorgungskrise aller Zeiten konfrontiert werden, da die Energiepreise in die Höhe schießen. Außerdem sind sowohl die Europäische Union als auch Großbritannien schon jetzt gezwungen, die Preise zu begrenzen und Wege zu finden, den Verbrauch zu senken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631b4cc0b480cc728a6b186e.jpg>

19:41 de.rt.com: **Polen stellt Gebietsansprüche an Tschechien**

Polens Regierungspartei PiS erklärte jüngst, Tschechien solle 368,44 Hektar Land an Polen abgeben, und gab dabei bekannt, Verhandlungen diesbezüglich intensivieren zu wollen. Dieses Gebiet habe Tschechien im Rahmen einer Grenzdemarkation im Jahr 1958 zu Unrecht erhalten.

Zufall oder nicht – zeitgleich zu den jüngst bezifferten Reparationsforderungen an Deutschland hat die konservative Regierung in Warschau ihre Bemühungen um eine Änderung der polnisch-tschechischen Grenze zugunsten Polens intensiviert. Wie die Zeitung [Rzeczpospolita](#) am 7. September berichtete, forderte Jarosław Krajewski, ein Parlamentsabgeordneter der regierenden Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) im Sejm, eine zeitnahe Übergabe von Gebieten, die angeblich zu Unrecht in den Besitz Tschechiens übergegangen waren.

Nach Ansicht der jetzigen polnischen Regierung hatte die damalige Tschechoslowakische Republik (ČSR) nach einer Demarkation der Grenze im Jahr 1958 und einem entsprechenden Gebietsaustausch 368,44 Hektar Landfläche zu viel erhalten. Der nach dem Ende der ČSSR und auch der Auflösung der föderativen ČSFR durch Tschechien geerbte Grenzstreit konnte bis heute nicht beigelegt werden. Im Jahr 2005 verweigerte Polen eine von Prag vorgeschlagene finanzielle Kompensation der Streitigkeit, was nach Krajewskis Ansicht ein richtiger Schritt war.

Kritik an der neuerlichen Initiative kam vom Abgeordneten des Europaparlaments [Jan Olbrycht](#). Demnach sei die gegenwärtige Ukraine-Krise kein geeigneter Zeitpunkt für Austragung von Streitigkeiten sowohl mit Tschechien als auch mit Deutschland. Krajewski wies solche Bedenken jedoch zurück. In einem Interview für [Rzeczpospolita](#) sagte er: "Ein geeigneter Zeitpunkt für die Geltendmachung von Forderungen wird niemals kommen. Das sind schwierige Fragen, aber wir können nicht weitere 200 Jahre auf eine Reaktion vonseiten der Tschechen warten."

Polens Regierung solle die Verhandlungen über die Rückgabe der umstrittenen Gebiete möglichst bald aufnehmen und Tschechien klare Fristen setzen, so Krajewski weiter.

Die Grenzstreitigkeiten zwischen Polen und Tschechien beziehungsweise der damaligen [Tschechoslowakei](#) gehen bis auf die 1920er Jahre zurück. Als die Tschechoslowakei Ende September 1938 im Rahmen des von Nazideutschland mit Großbritannien, Frankreich und Italien ausgehandelten [Münchener Abkommens](#) Deutschland einverleibt und durch deutsche Truppen besetzt worden war, nutzte dies auch Polen, um den als [Olsagebiet](#) bekannten Teil der Region [Teschener Schlesien](#) am 2. Oktober 1938 zu besetzen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde dieses widerrechtlich annektierte Gebiet an die Tschechoslowakei zurückgegeben.

Parallel zu Gebietsansprüchen gegenüber Tschechien hatte Polen in der vergangenen Woche seine Reparationsforderungen an die Bundesrepublik Deutschland auf den Umfang von 1,3

Milliarden Euro beziffert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631b67e3b480cc733761c27d.jpg>

Ein polnischer Grenzpfahl

19:42 de.rt.com: **EU zahlt weitere milliarden schwere Hilfskredite an Ukraine**

Wie Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach einem Treffen mit EU-Ratspräsident Charles Michel bekannt gab, zahlt die Europäische Union in den kommenden Wochen weitere fünf Milliarden Euro Hilfskredite an die Ukraine aus. Deutschland gebe darüber hinaus eine Milliarde Euro als direkten Zuschuss an die Ukraine. Scholz hoffe, dass "andere Länder diesem Beispiel folgen".

Bei der Summe handelt es sich um einen Teil des neun Milliarden Euro schweren Pakets, welches im Mai angekündigt wurde - die erste Milliarde hiervon wurde im August ausgezahlt. Das tschechische Finanzministerium erklärte, dass noch entschieden werde, wie die restlichen drei Milliarden Euro aufgeteilt werden sollen. Tschechien hat derzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631b66c1b480cc728a6b187f.jpg>

Charles Michel, EU-Ratspräsident, und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf einer Pressekonferenz

20:06 de.rt.com: **Ukraine setzt deutsche und polnische Panzer im Raum Cherson ein**

Ukrainische Truppen haben polnische und deutsche Panzer bei einer versuchten Gegenoffensive im Raum Cherson eingesetzt. Dies berichtete gegenüber der Nachrichtenagentur TASS der stellvertretende Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets, Kirill Stremoussow. Am 9. September sagte er:

"Polnische Panzer waren beteiligt. Seltsamerweise sind es auch deutsche Panzer, die nun, 78 Jahre nach dem Krieg, die Weiten der Steppe von Cherson durchpflügen."
Nach Angaben von Stremoussow wurde jegliche ausländische Technik bei den Kämpfen zerstört.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631b20e2b480cc728a6b181a.jpg>

Kampfpanzer Leopard 2 A7V während einer Vorführung in Bad Frankenhausen

20:22 de.rt.com: **Ungarischer Außenminister: EU-Mitgliedstaaten befürworten Obergrenze der Gaspreise nicht**

Die EU-Energieminister haben sich nicht auf die Einführung einer Gaspreisobergrenze einigen können. Dies teilte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó mit, wie die Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtete. Er stellte fest, dass es bei der Besprechung nur um eine "politische Auseinandersetzung" ging. Und fügte hinzu:

"Wir gehen derzeit davon aus, dass in der kommenden oder übernächsten Woche nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch die Europäische Kommission schriftliche, bereits konkrete Vorschläge vorlegen wird."

Szijjártó zufolge werden von der Europäischen Kommission Lösungen erwartet, die "zur Senkung der Kosten für Treibstoff beitragen", aber die Versorgung Europas nicht gefährden würden.